

Antrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

EntschlieÙung zu der Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Corona-Pandemie am 13. Dezember 2020

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass durch die im November 2020 durch die Landesregierung getroffenen Maßnahmen zur Begrenzung des Anstiegs von Neuinfektionen mit dem Corona-Virus das exponentielle Wachstum der festgestellten Infektionen zunächst eingedämmt werden konnte;
2. dass aufgrund der gemeldeten Zahlen davon ausgegangen werden muss, dass sich die Infektionen mit dem Corona-Virus doch wieder exponentiell zu vermehren drohen, es in manchen Ländern bereits zu Engpässen in der intensivmedizinischen Versorgung gekommen ist und das Infektionsgeschehen insbesondere in Kliniken sowie Alten- und Pflegeheimen zugenommen hat;
3. dass besondere Bemühungen des Sozial- und Innenministeriums unternommen worden sind, Impfzentren in allen Regionen des Landes aufzubauen und einzurichten, sodass bald mit den ersten Impfungen begonnen werden kann;
4. dass es zur Abwendung der Gefahr einer nationalen Gesundheitsnotlage daher notwendig ist, weitere Einschränkungen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens vorzunehmen; nur durch eine wesentliche Eindämmung des Corona-Virus kann eine Überlastung der Krankenhäuser vermieden und die Funktionalität des Gesundheitssystems aufrecht erhalten bleiben;
5. dass die Beschlüsse des Ministerrats vom 11. Dezember 2020 und Vereinbarungen der Regierungschefinnen und der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 13. Dezember 2020 wirksame und angemessene Schritte darstellen, um die Gesundheit der Menschen zu schützen;
6. dass die von der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Einschränkung der Lebensführung und ihrer bislang gekannten Freiheiten bedeuten; der Landtag von Baden-Württemberg ist daher für die große Eigenverantwortlichkeit, Solidarität und Rücksichtnahme der Menschen untereinander sehr dankbar;
7. dass die Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen, in den Arztpraxen, Fieberambulanzen, Krankenhäusern und Kliniken sich unermüdlich und aufopferungsvoll um vulnerable Gruppen und Kranke sorgen und diese Leistung unsere Anerkennung und unseren Dank verdient;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. die sich aus der Konferenz der Regierungschefinnen und der Regierungschefs vom 13. Dezember 2020 ergebenden Maßnahmen umfänglich, zeitnah und angemessen umzusetzen;
2. für alle Familien, die auf eine entsprechende Betreuung angewiesen sind, den Zugang zu einer Notbetreuung zu gewährleisten und zügig sicherzustellen;
3. sich dafür einzusetzen, dass auch die weitere Bekämpfung der Pandemie möglichst in Abstimmung mit dem Bund und den weiteren Bundesländern erfolgt;
4. weiterhin in Abstimmung mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die durch die Schließung ihrer Betriebe bzw. durch die Untersagung von Veranstaltungen aus dem Bereich Kunst und Kultur betroffenen Unternehmen und Menschen finanziell unterstützt werden;
5. den effektiven Schutz von Risikogruppen weiter zu verstärken;
6. weiterhin den Einsatz von Schnelltests dort zu begleiten und zu fördern, wo es sinnvoll zu einer Minimierung von Ansteckungen, insbesondere von besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen, beitragen kann.

14. 12. 2020

Schwarz, Andreas

und Fraktion

Dr. Reinhart

und Fraktion